

»Die Scharia steht hier nicht zur Diskussion«

Der Menschenrechtsrat der Uno bereitet eine Neuauflage der »Antirassismuskonferenz« von Durban aus dem Jahr 2001 vor. Damit droht ein weiteres Tribunal gegen Israel.
Von Alex Feuerherdt

Kaum etwas beschreibt die Zustände im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf so anschaulich wie eine Episode, die sich dort im Juni vergangenen Jahres zutrug. Der britische Historiker David Littman wollte auf einer Ratssitzung im Auftrag zweier Nichtregierungsorganisationen eine Stellungnahme zu Genitalverstümmelung, Steinigung und Zwangsverheiratung von Mädchen in Ländern, in denen das islamische Gesetz der Scharia angewandt wird, vortragen. Doch noch bevor er mit seiner Erklärung beginnen konnte, wurde er durch Zwischenrufe des pakistanischen und des ägyptischen Delegierten unterbrochen. »Es ist eine Beleidigung des Glaubens unseres Volkes, wenn die Scharia in diesem Forum diskutiert wird«, polterte der »Distinguished Representative of Pakistan«, und er ergänzte: »Die Scharia steht hier nicht zur Diskussion.« Sein ägyptischer Kollege schloß sich an: »Mein Punkt ist, daß der Islam in diesem Rat nicht gekreuzigt werden wird!« Der rumänische Ratspräsident Doru Costea forderte Littman schließlich auf, von jeglicher »Beurteilung oder Bewertung einer bestimmten Religion« Abstand zu nehmen, und untersagte so die weitere Thematisierung der Scharia vor dem Menschenrechtsrat.

Diese Begebenheit war die Folge eines Beschlusses, der drei Monate zuvor gefaßt worden war: Im März 2008 hatte die »Organisation der Islamischen Konferenz« – eine 57 islamische Staaten umfassende Vereinigung, die mit 17 Sitzen über mehr als ein Drittel der Stimmen im Menschenrechtsrat verfügt – über eines ihrer Mitgliedsländer den Antrag gestellt, der Rat möge künftig »über Fälle berichten, in denen der Mißbrauch der Meinungsfreiheit den Tatbestand der rassistischen oder religiösen Diskriminierung erfüllt«. Damit waren nun aber nicht etwa die antisemitischen Cartoons in iranischen und arabischen Medien gemeint; die Eingabe zielte vielmehr darauf ab, jegliche Kritik an der Herrschaftspraxis des Islam als »islamophob« zu delegitimieren. Der Antrag wurde angenommen und als offizielle Entschließung des Rats verabschiedet – ohne Gegenstimme und bei 15 Enthaltungen. Es ist dies nicht die einzige Resolution des Menschenrechtsrats, mit der zum Kampf gegen die »Diffamierung von Religionen« aufgerufen wird, wobei fast immer einzig der Islam als angeblich besonders diskri-

minierte Glaubensrichtung erwähnt und die »Islamophobie« als das neuzeitliche Übel schlechthin bezeichnet wird.

Der Menschenrechtsrat – ein Nebenorgan der UN-Generalversammlung, das keine Sanktionen verhängen, aber Empfehlungen geben kann – löste im Juni 2006 die 60 Jahre zuvor ins Leben gerufene Menschenrechtskommission ab, die immer stärker in die Kritik geraten war, weil sie auch übelste Verbrechen von Mitgliedsstaaten und deren Verbündeten nicht verurteilte. Der seinerzeitige Uno-Generalsekretär Kofi Annan wünschte sich einen Ersatz für die Kommission und initiierte die Einrichtung des Menschenrechtsrats. Der trifft sich seit seiner Gründung ein bißchen häufiger und hat ein paar Mitglieder weniger als sein Vorgänger, ähnelt ihm jedoch stark in Zusammensetzung, Agenda und Prozedere. Offiziell sind seine Aufnahmekriterien schärfer; die Mitglieder sollen in Bezug auf die Menschenrechte für »höchste Standards« stehen.

Doch die Ratsangehörigen tun – wenn sie nicht gerade eine Diskussion über die Scharia verhindern – vor allem das, was sie bereits im Vorläufermodell getan haben: Sie beschäftigen sich nachgerade obsessiv mit Israel, allein im vorletzten Jahr 120mal und damit doppelt so häufig wie mit jedem anderen Land. Am Ende stehen – weil sich die islamischen Vertreter auf die Mehrheitsbildung durch die überwiegend autoritär regierten »Blockfreien« verlassen können – nicht selten Verurteilungen des jüdischen Staates. Eine vom Rat eingesetzte Untersuchungskommission hingegen, die für die fortgesetzten schweren Menschenrechtsverletzungen in Darfur die sudanesishe Regierung verantwortlich machte, wurde kurzerhand aufgelöst – sie hatte einfach nicht die gewünschten Ergebnisse präsentiert.

Dieser Menschenrechtsrat ist nun im Auftrag der Vereinten Nationen für die Ausrichtung der sogenannten Durban-Folgekonferenz Ende April in Genf verantwortlich. Zur Erinnerung: In der südafrikanischen Stadt Durban fand im September 2001 die UN-Weltkonferenz gegen Rassismus statt, deren ursprüngliche Ziele durchaus nobel waren: Sklaverei und Kolonialismus beispielsweise sollten öffentlich als Verbrechen anerkannt werden, außerdem wollte man Strategien für ein gemeinsames Vorgehen gegen Fremdenfeindlichkeit besprechen.

Doch diese Punkte blieben letztlich von nachrangiger Bedeutung, denn die Tagung war vor allem ein regelrechtes Tribunal gegen Israel. Sowohl auf der Staatenkonferenz als auch im gleichzeitig tagenden NGO-Forum, das ebenfalls unter der Schirmherrschaft der Uno stand, waren die arabischen Vertreter und ihre Unterstützer tonangebend. Und deren Interesse bestand in erster Linie darin, Israel als weltweit schlimmste Ausgeburt des Rassismus zu verurteilen. Uneinigkeit bestand allenfalls in der Frage, wie scharf die Formulierungen ausfallen sollten: Während die einen den jüdischen Staat mit dem südafrikanischen Apartheidsystem verglichen, hielten andere ihn für die Reinkarnation des Nationalsozialismus. Auf dem Konferenzgelände wurden die *Protokolle der Weisen von Zion* und *Mein Kampf* verkauft; antisemitische Karikaturen machten die Runde. Immer wieder kam es zu Demonstrationen und Protesten, bei denen »Israel ist Apartheid« und »Tod den Juden« gerufen wurde. Das jüdische Gemeindezentrum in Durban mußte nach Gewaltdrohungen für die Dauer der Konferenz geschlossen werden. Jüdische Teilnehmer berichteten, sie hätten Angst um ihre körperliche Unversehrtheit gehabt. Israel und die USA verließen die Zusammenkunft schließlich vorzeitig.

Trotz dieses Desasters beschloß die UN-Vollversammlung vor zweieinhalb Jahren, eine Folgekonferenz in Genf zu veranstalten. Die soll nun prüfen, inwieweit die Erklärung der letzten Tagung in die Tat umgesetzt wurde, und ein Aktionsprogramm vorschlagen. Mit der Organisation und Durchführung von »Durban II« wurde ein Vorbereitungskomitee betraut, das bezeichnenderweise von Libyen geleitet wird – einem Land, dessen Regierung die Menschenrechte fortwährend eklatant verletzt und ihren »Gaddafi-Preis«, die höchste staatliche Auszeichnung, auch einem notorischen Antisemiten und verurteilten Holocaustleugner wie dem Franzosen Roger Garaudy verlieh. Einer der stellvertretenden Vorsitzenden ist darüber hinaus der ständige Vertreter des Iran bei der Uno, Alireza Moaiyeri – ein Repräsentant des Teheraner Mullahregimes, das bekanntlich ebenfalls die Shoah leugnet und Israel mit der Vernichtung droht. Die Sprecherin der amerikanischen NGO »Eye on the UN«, Anne Bayefsky, urteilte deshalb: »Mit der Wahl des Iran ins Vorbereitungskomitee werden Rassisten zu UN-Sprechern gegen Rassismus gemacht. Die Vereinten Nationen gewähren den führenden Exponenten des Antisemitismus erneut eine globale Plattform.«

Wie recht Bayefsky hat, zeigt ein Blick auf den Entwurf für die Abschlusßerklärung, die auf der Durban-Folgekonferenz verabschiedet werden soll. In diesem Entwurf finden sich neben zahlreichen Passagen, in denen die »Verunglimpfung von Religionen« und insbesondere die »Islamophobie« gegeißelt wird, diverse Verurteilungen Israels, das als einziger Staat explizit erwähnt und der »rassistischen Diskriminierung des palästinensischen Volkes«, »Folter«, »Apartheid« und »Verbrechen gegen die Mensch-

heit« bezichtigt wird. Doch auch der Umgang des Vorbereitungskomitees mit dem »Canadian Council on Israel and Jewish Advocacy« (CIJA) belegt die antijüdische Stoßrichtung von »Durban II«.

Das CIJA, eine Nichtregierungsorganisation, hatte sich für die Konferenz in Genf akkreditiert, doch der Iran weigerte sich, einer Zulassung zuzustimmen, und wurde dabei von den ägyptischen, algerischen und palästinensischen Vertretern unterstützt. Eine Begründung für die Absage gab es nicht; statt dessen forderte der Vertreter Teherans beim CIJA weitere Informationen über dessen Wirken an, die er auch erhielt. An der Entscheidung änderte sich jedoch nichts. Als deutlich wurde, daß es bei

fernzubleiben. Andere europäische Regierungen hingegen zögern noch. Zwar ließen der französische Staatspräsident Sarkozy, der frühere britische Europaminister Murphy, der niederländische Außenminister Verhagen und sein dänischer Amtskollege Stig Möller bereits im vergangenen Jahr verlautbaren, nicht an einer UN-Veranstaltung teilnehmen zu wollen, in der Israel dämonisiert und jegliche Kritik am Islam unmöglich gemacht werden solle. Doch bis zum Redaktionsschluß hatte keiner dieser Staaten einen Boykott beschlossen – das gilt auch für die Bundesregierung. Zwar findet das Auswärtige Amt den Entwurf des Abschlusssdokuments »in keiner Weise zufriedenstellend«. Dennoch wolle man sich weiterhin an den

tetes – kulturellrelativistisches Verständnis von Antirassismus, in dem die Konsequenz aus dem europäischen Kolonialismus zuallererst darin besteht, noch die übelsten Verbrechen für sakrosankt zu erklären, wenn sie nur als Ausdruck autochthoner kultureller oder religiöser Sitten und Gebräuche erscheinen. Davon profitieren vor allem die islamischen Staaten bei ihrem Bestreben, jede Kritik an ihrer Herrschaftspraxis, wie sie nicht zuletzt in der Anwendung der Scharia zum Ausdruck kommt, als »Mißbrauch der Meinungsfreiheit« und »rassistisch« zu denunzieren. Daß darüber hinaus Israel besonders ins Visier genommen wird, kann allenfalls diejenigen verwundern, die immer noch glauben, daß es sich bei den Vereinten Nationen um



Auch ein Datum: Swatch-Edition zur Feier der ersten Sitzung des UN-Menschenrechtsrates in Genf, Juni 2006

der Weigerung bleiben würde, zog die kanadische Organisation im Mai 2008 ihre Anmeldung zurück und schrieb in einem Beschwerdebrief an den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte: »Die fortgesetzten und offensichtlichen Aktionen einer vom Iran angeführten Gruppe von Mitgliedsstaaten scheinen in erster Linie darauf abzu zielen, jüdische Stimmen zu marginalisieren.«

Die Regierungen Kanadas und Israels haben angesichts all dieser Vorgänge bereits vor längerer Zeit angekündigt, die Durban-Folgekonferenz zu boykottieren. Ende Februar schloß sich die neue US-Regierung diesem Boykott an, nachdem sie Delegierte zu einem Vorbereitungstreffen nach Genf entsandt hatte und anschließend zu dem Ergebnis gekommen war, daß der Entwurf für die Abschlusserklärung ein »nicht mehr zu rettendes Papier« ist. Anfang März signalisierte auch Italien, der Konferenz

»Verhandlungen über den Text« beteiligen, »da wir für die weltweite Bekämpfung des Rassismus eintreten«.

Die Durban-Folgekonferenz ist dafür allerdings der denkbar schlechteste Ort. Denn die Fokussierung des Menschenrechtsrats auf den Schutz von Religionen, insbesondere des Islam, vor vermeintlichen Diffamierungen läuft auf die Verkehrung der ursprünglichen Idee der 1948 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in ihr Gegenteil hinaus: Die dort festgeschriebenen individuellen Rechte werden – unter der Schirmherrschaft der Uno – mehr und mehr durch die Rechte von Gruppen ersetzt, die als Zwangsgemeinschaften jede individuelle Regung und Abweichung zu unterdrücken versuchen und dabei alles andere als zimperlich vorgehen. Ideologisch unterfüttert wird diese Zurechtweisung durch ein – auch in der Linken verbreit-

eine überparteiliche Instanz handelt, die bei Konflikten vermittelnd tätig wird.

Es bedarf keiner hellseherischen Fähigkeiten, um zu prognostizieren, daß die »Durban II«-Konferenz wie schon ihre Vorgängerin eine Vollversammlung der antisemitischen Internationale sein wird. Einer solchen Veranstaltung, die beredt Auskunft über die Verfaßtheit der Vereinten Nationen gibt, läßt sich nur durch einen Boykott die Legitimität entziehen. Doch die europäischen Teilnehmer ziehen es offenkundig vor, mit den Feinden Israels über die angeblichen Schandtaten des Judenstaates und die vermeintlich allgegenwärtige »Islamophobie« zu diskutieren. Bei soviel »Israelkritik« und Antirassismus dürfte es auch manchem Linken ganz warm ums Herz werden. ●

Alex Feuerherdt schrieb in KONKRET 3/09 über den Wahlausgang in Israel